

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 362

Einwohnerratssitzung vom Montag, 26. März 2007, 19.00 Uhr, in der Aula Fröschmatt II

Anwesend	38 Einwohnerrats-Mitglieder 6 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	GR Elisabeth Schiltknecht, Peter Friedli, Fredi Wiesner
Vorsitz	Siegfried Siegrist
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

1.	Ersatzwahl in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Stefan Künzli, Unabhängige und Grüne (<i>ohne Akten</i>)	2470
2.	Teilrevision der Gemeindeordnung vom 23. August 1999, 2. Lesung	2464
3.	Änderung Geschäftsreglement des Einwohnerrates vom 27.11.1972, 1. Lesung	2471
4.	Vereinbarung zwischen den Schiessplatzgemeinden Lachmatt, dem Kanton Basel-Stadt und den Basler Schützen / Neuer Gesellschaftsvertrag zwischen den Schiessplatzgemeinden Lachmatt (2. überarbeitete Vorlage)	2472
5.	Voranschlag 2006: Vollzug der Auflösung Transitorische Aktiven Strassenbauvorhaben Zehntenstrasse (CHF 41'605.—) und Strassenbauvorhaben Mühleweg (CHF 8'395.—) zu Lasten Konto 620.314 (Baulicher Unterhalt durch Dritte, bzw. Strassenunterhalt)	2473
6.	Postulat Nr. 2448 der FDP Fraktion vom 19. September 2006 betr. „Informationsweitergabe aus der Gemeinde oder dem Gemeinderat“, Bericht des Gemeinderates	2448
7.	Postulat der CVP Pratteln betr. „e-gouvernement: Vorwärts mit konkreten Angeboten!“	2467
8.	Interpellation von H. Schiltknecht betr. „Teuerungsausgleich“	2468
9.	Postulat von M. Roozpeikar betr. „Anpassung der Stellenprozente in der Sozialhilfe“	2469
10.	Fragestunde (nach der Pause)	

Neue persönliche Vorstösse:

- Postulat von Th. Vogelsperger betr. „Rollstuhlgängigkeit des Verbindungsweges Oberemattstrasse – Gemeindeverwaltung (Schlossstrasse)
- Postulat von H. Schiltknecht betr. „Pratteln will sauber sein – gegen Littering, Spucken etc.“
- Interpellation von B. Schmidt betr. „Euro 08-Fan-Camp an der Ergolz“
- Interpellation von P. Ramseier betr. „Termine und geltende Vorschriften Teilzonenplan Dürrenhübel /Schweizerhalle“
- Interpellation von B. Künzli betr. „Trinationaler Atom-Schutzverband (TRAS) der Bevölkerung um das Atomkraftwerk Fessenheim“

Beschlüsse

**Geschäft Nr. 2470 Ersatzwahl in das Wahlbüro für den
Rest der Amtsperiode**

In stiller Wahl wird in das Wahlbüro gewählt:

://: **Stefan Künzli**, Unabhängige und Grüne

**Geschäft Nr. 2464 Teilrevision der Gemeindeordnung
vom 23. August 1999, 2. Lesung**

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 15. Dezember 2006

2. Lesung

Keine Wortbegehren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Teilrevision der Gemeindeordnung vom 23. August 1999 wird genehmigt.

Die Änderung der Gemeindeordnung unterliegt dem obligatorischen Referendum. Der Gemeinderat legt das Datum für die Volksabstimmung fest.

**Geschäft Nr. 2471 Änderung Geschäftsreglement des Ein-
wohnerrates vom 27.11.1972,
1. Lesung**

Aktenhinweis:

- Antrag des Büros vom 31. Januar 2007

1. Lesung

Rolf Hohler: Warum soll das die GPK und nicht der Einwohnerrat erwahren? So wie der Landrat, welcher den Regierungsrat erwahrt.

Stefan Löw: Wir stimmen so zu, denn bei einer Erwahrung durch den Einwohnerrat dauert es einfach zu lange. Die GPK ist vom Einwohnerrat abgestützt.

Heinz Schiltknecht: Unsere Fraktion ist für Eintreten und Genehmigung der Anträge.

Ziff. 3.1.1.1

Keine Wortbegehren.

Ziff. 3.3.2.2.6 (neu)

Rolf Hohler stellt folgenden Antrag: „*Die Wahlen des Gemeinderates und des Gemeindepräsidiums werden durch den Einwohnerrat erwahrt*“.

Stefan Löw: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Die GPK ist vom Einwohnerrat gewählt und sie kann als kleines Gremium schnell einberufen werden. Der Einwohnerrat kann für das nicht einberufen werden. Die GPK kann das vorprüfen und dem Einwohnerrat Bericht erstatten.

Urs Hess: Ich finde es nicht gut, auch wenn es nur ein formeller Akt ist, das Geschäft einfach so der GPK zu übertragen. Es ist schlauer, wenn man das im Einwohnerrat macht. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Einwohnerratspräsident Siegfried Siegrist: Ich habe mich erkundigt und bei den Gemeinden mit Einwohnerrat macht das die GPK.

://: Der Antrag von R. Hohler wird mit 23 : 9 Stimmen abgelehnt.

Ende der 1. Lesung

Geschäft Nr. 2472

Vereinbarung zwischen den Schiessplatzgemeinden Lachmatt, dem Kanton Basel-Stadt und den Basler Schützen / Neuer Gesellschaftsvertrag zwischen den Schiessplatzgemeinden Lachmatt (2. überarbeitete Vorlage)

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 6. März 2007

GR Ruedi Handschin: Am 20. Februar 2007 hat ein Gespräch mit der RPK stattgefunden. Über die Ergänzung haben wir intensiv und konstruktiv diskutiert und ich möchte dem RPK-Ausschuss herzlich danken. Wir haben dort einen Konsens beim Vertrag erreicht und die Lösung finden Sie im Anhang. Der Nettoaufwand pro Jahr und pro schiesspflichtige Armeeingehörige beträgt im Maximum CHF 40.00. Mit dieser Formulierung haben wir eine mehrheitsfähige Version gefunden. Für Pratteln haben wir einen Betrag von CHF 21'200.00. Diese Zahl basiert auf 280 schiesspflichtige

Armeeangehörige am 1.1.2006. Der Stand 1.1.07 beträgt: 257. In Birsfelden wird heute Abend an der Gemeindeversammlung über die Vereinbarung mit den Basler Schützen entschieden, aber noch nicht über den neuen Gesellschaftsvertrag. Muttenz hat beiden Vertragswerken zugestimmt. In der Zwischenzeit ist aber betreffend Vereinbarung eine Einsprache erhoben worden. Da wir jetzt einen Zusatz im Vertrag haben, wird Muttenz über diesen Zusatz noch abstimmen müssen.

Stephan Burgunder: Wissen Sie, wer an diesen Verträgen am meisten Freude hat? Mein Zahnarzt, denn er hat mir gesagt, dass ich in der Nacht mit den Zähnen knirsche. Der neue Gesellschaftsvertrag ist sicher alles andere als optimal. Dem Beitritt der Basler Schützen können wir nicht länger im Wege stehen und diese Vereinbarung ist in Ordnung. Über das Resultat des Gesellschaftsvertrags bin ich nach wie vor enttäuscht. Weil aber der wichtigste Punkt, nämlich die Begrenzung des Risikos mit CHF 40.00, erreicht worden ist und wir in der RPK Antworten erhalten haben, können wir damit leben. Die Buchhaltung der Schiessanlage muss aber massiv professionalisiert werden. Als Mitglied der RPK werde ich gegebenenfalls eingreifen. Wir stimmen der Vorlage, allerdings zähneknirschend, zu.

Daniela Berger: Uns geht es ähnlich. Bei der Finanzierung des Unterhalts fehlt nach wie vor eine Plafonierung. Aber lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Wir stimmen, zwar widerwillig, aber mehrheitlich zu.

Philippe Doppler: Die SVP-Fraktion kann der Vorlage zustimmen. Zum Beginn und Ende des Geschäftsjahres: In der Vorlage steht, dass eine Verankerung im Gesellschaftsvertrag nicht nötig sei, da die Aufsichtskommission dies bereits per Ende 2006 umgesetzt hat. Wir erwarten, dass dies auch in Zukunft transparent ist.

Dominic Strub: Auch wir sind für Eintreten. Uns stört aber die Summe. Man sollte nur das Geld ausgeben, das man hat. Für diesen Zweck haben wir es eigentlich nicht.

Abstimmungen

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen:

- ://: 1. Die Vereinbarung betreffend Benutzung der „Schiessanlagen Lachmatt“ in Muttenz und Pratteln für die „Basler Schützen“ wird gemäss Entwurf genehmigt.
2. Der Vertrag vom 2. Dezember 1954 wird aufgelöst und der Gesellschaftsvertrag über die Nutzung der Schiessanlagen in der Lachmatt wird gemäss Entwurf genehmigt.

Geschäft Nr. 2473

Voranschlag 2006: Vollzug der Auflösung Transitorische Aktiven Strassenbauvorhaben Zehntenstrasse (CHF 41'605.—) und Strassenbauvorhaben Mühleweg (CHF 8'395.—) zu Lasten Konto 620.314 (Baulicher Unterhalt durch Dritte, bzw. Strassenunterhalt)

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 6. März 2007

GR Max Hippenmeyer: Die Abschreibung ist im Budget 2007 ordnungsgemäss abgehandelt worden. Die RPK hat eine Sondervorlage verlangt, die Sie jetzt vor sich haben. Es ging auch darum abzuklären, ob der damalige Gemeinderat (Ich war damals noch nicht dabei) seine Kompetenzen überschritten hat. Es handelt sich um einen Landkauf und wir wären innerhalb des Kompetenzrahmens gewesen. Damit wir den Rechnungsabschluss machen können, bitte ich Sie, der Vorlage zuzustimmen.

Christian Schäublin: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung und die Zusatzdokumentation. Die Angelegenheit ist überfällig und man kann der Vorlage zustimmen.

Eintreten ist unbestritten.

Kurt Lanz: Die RPK ist mit weiteren Unterlagen dokumentiert worden. Ich wünsche mir, dass bei solchen Geschäften so protokolliert wird, dass es klar ist, was wirklich passiert ist. Ich bitte den Gemeinderat, in Zukunft solche Geschäfte so zu dokumentieren, dass man es nachvollziehen kann. Ich bitte Sie, der Abschreibung zuzustimmen.

GR Max Hippenmeyer: Das ist richtig, was Kurt Lanz sagt. Ich hoffe, dass wir keine solchen Dinge mehr haben. Als Finanzchef musste ich feststellen, dass wir einen Aktivposten in den Büchern haben, der eigentlich gar kein Aktivposten mehr ist, nichts mehr wert hat und abgeschrieben werden muss. Hier geht es um die Buchhaltung. Andere allfällige Sachen sind nicht Gegenstand der Vorlage und müssten von der GPK angeschaut werden.

Kurt Lanz: Finanztechnisch gebe ich Max Hippenmeyer recht. Wir haben hier aber einen Weg, damit ein solches Geschäft aufgerollt werden kann. Wenn etwas Markantes gefunden worden wäre, dann hätte es tatsächlich einen Antrag der RPK an die GPK geben können. Man kann ja nicht sagen, nur weil wir nicht wissen um was es geht, stimmen wir dem Geschäft zu.

Dieter Stohler: Wir stimmen der Vorlage zu.

GR Max Hippenmeyer: Mit 99-prozentiger Wahrscheinlichkeit ist im 1997 folgendes passiert: Die Gemeindefinanzen standen etwas schlechter da und man hat wohl davor zurück geschreckt, die CHF 50'000.00 direkt als Verlust abzuschreiben. Man wollte die Rechnung wahrscheinlich ein bisschen besser darstellen und man hat eine Rückstellung gemacht, in der Meinung, dass das irgendwann wieder hereingeholt werden kann. Das ist aber nicht möglich und das ist auch die einzige Erklärung, die ich herausgefunden habe. Die Personen von damals sind nicht mehr hier und es ist müssig, aus einer Mücke einen Elefant zu machen.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Rückstellungen (Transitorische Aktiven) über CHF 8'395.— für den „Mühleweg“ und CHF 41'605.— für die Zehntenstrasse werden – wie budgetiert – im Rahmen der Jahresrechnung 2006 aufgelöst.

dem Gemeinderat“, Bericht des Gemeinderates

Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2448 vom 19. September 2006
- Bericht des Gemeinderates vom 23. Januar 2007

GP Beat Stingelin: Mittlerweile kommen die Informationen im PA schon anders daher. Sie sehen, wir sind lernwillig. Alles andere steht in der Vorlage.

Stefan Löw: Im Namen der FDP-Fraktion bedanke ich mich für die Beantwortung. Es ist wichtig, dass man daran weiterarbeitet. Ich habe hier zwei Beispiele, wo in anderen Medien orientiert worden ist. Es handelt sich um den Detektiv, der offenbar im Sozialdienst tätig ist. Hier wurden wir im Einwohnerrat nicht richtig orientiert. Aus anderer Quelle haben wir erfahren, dass das APH Madle 4.8 Mio Mehrkosten verursacht hat. Diese Dinge sollten dem Einwohnerrat etwas früher zugänglich gemacht werden. Wer diese Medien nicht hat, kommt gar nicht zu diesen Informationen. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass gewisse Gemeinderäte zuerst den Einwohnerrat und dann die Pressemedien beliefern sollten. Ich würde auch begrüßen, wenn der Internetauftritt etwas benutzerfreundlicher gestaltet wird. Der Gemeinderat hat dies ja versprochen und gesagt, dass er dies auch tun würde. Die Gemeinde unterstützt den Prattler Anzeiger auch finanziell und man darf durchaus auch etwas fordern. Ich begrüße die Antwort des Gemeinderates und hoffe, dass es so weiter geht. Wir sind einverstanden, wenn das Postulat abgeschrieben wird.

Urs Schneider: Informationen sind wichtig. Ich persönlich war schon bis anhin zufrieden mit den Informationen, die wir erhalten haben. Man hat gemerkt, wie man nach dem Postulat aktiv geworden ist und monatlich im Amtsanzeiger etwas publiziert. Wir begrüßen das, haben aber die Befürchtung, dass es betreffend Kosten aus dem Ruder laufen könnte. Das sollte auch berücksichtigt werden. Ich möchte wissen, was für Kosten entstehen, wenn jeden Monat Informationen aus den Abteilungen erscheinen. Jede Abteilung schreibt rund eine Stunde lang und irgendjemand setzt die Informationen zusammen. Dies ergibt doch einige Stunden im Jahr. Trotzdem begrüßen wir das sehr und die SVP-Fraktion ist für Abschreibung.

Dominic Strub: Auch wir schätzen diesen Effort im Bereich der Kommunikation sehr. Je mehr Transparenz, desto weniger Aufwand braucht es, um an Informationen heran zu kommen. Auch das braucht viel Aufwand im Einwohnerrat, wenn nachgefragt werden muss. Wenn Informationen regelmässig in der Zeitung publiziert werden, dann spart das auch einiges an Aufwand in der Verwaltung. Wir danken dem Gemeinderat und hoffen, dass er die Transparenz weiter verstärkt.

GP Beat Stingelin: Zu den zwei von Stefan Löw zitierten Publikationen: Der Amtsanzeiger erscheint erst nach der Einwohnerratssitzung. Die Tagespresse ist tatsächlich einfach schneller. Zum Internetauftritt: So wie es Frühling wird, wird auch der Internetauftritt anders daher kommen. Ich möchte bemerken, dass wir betreffend Internet in der Nordwestschweiz sehr weit vorne liegen. Aber wir werden es weiter modernisieren. Zu den Kosten: Die Kosten im PA werden nicht höher, weil wir nicht nach Zeilen bezahlen. Zum Teil ist es richtig, dass auf der Verwaltung mehr geschrieben werden muss. Aber der Gemeinderat muss die gleichen Informationen ja auch von der Verwaltung erhalten. Deshalb ist es nicht mit arg viel mehr Kosten verbunden. Die Abteilungen sitzen nicht da und überlegen jeden Monat was geschrieben werden könnte. Wenn es nichts hat, dann hat es nichts. Zur Fülle der Informationen: Wenn wir viel schreiben, kann man auch viel fragen. Wenn wir nichts schreiben, dann haben wir vielleicht das Glück, dass nicht so viel gefragt wird, weil man nicht so viel weiss. Ich

garantiere Euch, dass der Gemeinderat bestrebt ist, die Informationen zu geben, die herausgegeben werden müssen. Wir wollen nichts zurückbehalten.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2448 wird als erfüllt abgeschrieben.

**Geschäft Nr. 2467 Motion der CVP Pratteln betr.
„e-gouvernement: Vorwärts mit konkre-
ten Angeboten!“**

Aktenhinweis:

- Motion Nr. 2467 vom 22. Januar 2007

GP Beat Stingelin: e-Gouvernement will tatsächlich auch der Gemeinderat. In den Legislaturzielen 8c steht: *„Das e-Gouvernement auf Gemeindeebene wird geprüft und nach Bedarf eingeführt; eine möglichst hohe Aktualität und umfassende Information im Internetauftritt der Gemeinde ist das Ziel.“* Wir sind überrascht, dass man mitten in dieser Phase uns die Zeit nicht geben möchte, das auch abzuklären. Die Motion fordert, dass dies bis 2009 gemacht werden muss. Der Gemeinderat will die Motion nicht für erheblich erklären lassen. Wir haben gesagt, dass wir bis 2008 abklären. Das Ganze kostet auch etwas und der Einwohnerrat will wissen, was das kostet. Wir werden zu gegebener Zeit kommen. Der Vorstoss hat nur eine Berechtigung, wenn wir es nicht machen.

Rudolf Meury: Alle Gemeinden und Kantone sind daran und produzieren Papier. Es gibt ein Papier „Strategie Schweiz vom 24. Januar 2007“, aber jeder macht ein bisschen etwas für sich und es geht nicht vorwärts. Die Idee der Motion ist, dass man das alles etwas bündelt. Es geht ja um die ganzen Prozesse von A – Z. Auf der Webseite kann man Informationen holen, Formulare herunterladen, aber wir sind noch weit davon entfernt, von dem was wir erwarten. Die Vorteile von e-gouvernement sind: besserer Kontakt zwischen Behörden und Bürgern, rund um die Uhr erreichbar und ich muss meinen Arbeitsplatz für einen Besuch auf der Gemeinde nicht verlassen und auch nicht frei nehmen. Denken wir auch an die physisch behinderten Menschen. Den Bürger interessiert nicht, welcher Verwaltungszweig mein Anliegen bearbeitet. Es gibt eine Anlaufstelle und die Verteilung läuft verwaltungsintern. Wir haben uns betreffend dem Jahr 2009 schon etwas überlegt und dass es etwas kostet ist uns auch klar. Auf der anderen Seite wird sicher auch Geld verwaltungsintern eingespart. Ich hoffe, Sie stimmen der Motion zu.

Bruno Baumann: Die SP-Fraktion möchte dem Gemeinderat die Zeit und Chance geben, das Legislaturziel unter 8c zu erreichen. Es ist wie an einem Fussballmatch und man kann die Regeln nicht während des Spiels ändern. Nach dem Spiel kann man überprüfen, ob die Regeln etwas bringen oder nicht. Ich bin der Meinung, dass eine Motion gar nicht terminiert werden kann. Die SP-Fraktion lehnt die Motion zum heutigen Zeitpunkt klar ab.

Petra Ramseier: Wir begrüßen die Einführung von e-gouvernement und einer bedienungsfreundlicheren Gestaltung der Webseite. Das Geschäft können wir höchstens als Postulat überweisen. Stufe 4 würde elektronische Signaturen bedingen und so viel wir wissen, ist das in der Schweiz noch gar nicht zulässig. Da muss noch vieles abgeklärt werden.

Rolf Hohler: Auch die SVP-Fraktion lehnt die Motion ganz klar ab. Die Verwirklichung von e-gouvernement ist wünschenswert, aber keine Bedingung. Lassen wir dem Gemeinderat die Zeit gemäss den Legislaturzielen. Zuerst müssen auch die Kosten klar sein. So wie das hier steht, ist das eher nice to have. Ein Postulat könnte allenfalls überwiesen werden.

GP Beat Stingelin: Der Gemeinderat möchte auch kein Postulat. Es ist etwas, das tatsächlich in der Schublade verschwindet und das wollen wir nicht. Ich bitte Sie, die Legislaturziele zu lesen. Wir geben uns Mühe, die Legislaturziele einzuhalten. Danach können Sie kommen.

Brigitte Frei: Auch die FDP-Fraktion möchte die Motion nicht für erheblich erklären. Letztes Jahr ist das neue Gesetz KANADA zur Vernehmlassung in den Gemeinden gewesen. Es geht dabei um eine kantonale Namen- und Adressdatenbank. Nach Genehmigung im Landrat besteht dann die Möglichkeit, die Basis für e-voting und die Grundlagen für e-gouvernement zu schaffen. Warten wir doch das Gesetz ab.

Rudolf Meury: Wir reden von 2009, die Legislaturziele von 2008. 2008 kommt schon bald und was wollen Sie in dieser kurzen Zeit machen? Ich bin gespannt, was Ihr bis dahin alles erreicht habt. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit und so wie ich die Gemeinde und generell solche Institutionen kenne, dauert es sehr lang. Ich wandle das Geschäft in ein Postulat um.

Heinz Schiltknecht: Eine Motion kann nicht terminiert werden und ich bitte Sie, auch das Postulat abzulehnen. Wir würden etwas überweisen, das es in den Legislaturzielen schon gibt und am laufen ist. Ihr kommt daher, wie die alte Fasnacht.

Dieter Stohler: Dem Postulat kann ich mich anschliessen und zwar, damit wir dem Gemeinderat ein wenig Rückendeckung geben und in diesem Bereich etwas machen sollten. Wenn im 2008 etwas ist, dann rennt das Postulat offene Türen ein. Setzen wir ein Zeichen, denn auch Pratteln kommt nicht um e-gouvernement herum. Früher oder später müssen wir in diesem Bereich Investitionen tätigen.

Kurt Lanz: Es ist wirklich „ein offene Türen einrennen“. Das ist, wie wenn ich heute Abend nach Hause gehe, die Legislaturziele nehme und schaue, wo ich ein Postulat machen kann. Und das wollen Sie hoffentlich sicher nicht.

Bruno Baumann: Auch das Postulat ist nicht zu überweisen, denn ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat etwas macht.

Der Rat beschliesst mit 24 : 12 Stimmen und 2 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2467 wird nicht überwiesen.

Geschäft Nr. 2468

Interpellation von H. Schiltknecht betr. „Teuerungsausgleich“

Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2468 vom 29. Januar 2007

GR Max Hippenmeyer: 1. *Frage:* Welches ist die Rechtsgrundlage des Beschlusses im Rahmen der Budgetdebatte vom 11. Dezember 2006? Die Rechtsgrundlage haben wir abgeleitet aus dem Paragraf 30 vom Reglement über die Gestaltung und Handhabung des Lohnsystems (Lohn- und Zulagenreglement vom 24. Mai 2004).

2. *Frage:* Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass der Einwohnerrat jederzeit einen Be-

schluss fassen kann, der im Widerspruch zu einem vom Einwohnerrat erlassenen Reglement steht? Selbstverständlich nein. Allerdings muss ich sagen, dass der Einwohnerrat die Beschlüsse fasst und nicht der Gemeinderat.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme Diskussion.

Heinz Schiltknecht: Diese Antwort hätten Sie auch schriftlich abgeben können, denn dann wäre es auch möglich gewesen, sich vorzubereiten. Ich bekomme kurzfristig einen Paragrafen an den Kopf geschmissen. So ist es nicht möglich, etwas zu beurteilen. Ich nehme die Antwort zur Kenntnis und komme vielleicht das nächste Mal wieder darauf zurück. Die Antwort befriedigt mich so nicht und ich bedaure, dass der Gemeinderat keine saubere Antwort wie beim Postulat 2448 gegeben hat.

Geschäft Nr. 2469

Postulat von M. Roozpeikar betr. „Anpassung der Stellenprozente in der Sozialhilfe“

Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2469 vom 29. Januar 2007

GR Uwe Klein: Die Postulantin bittet den Gemeinderat zu prüfen und zu berichten, wie viele zusätzliche Stellenprozente in der Sozialhilfebehörde und im Sozialdienst notwendig sind, damit ein effizienter Betrieb gewährleistet ist. 1. Es ist erfreulich, dass sich die Zahl der Sozialhilfefälle stabilisiert hat. Dank der guten Wirtschaftslage ist der Trend eher abnehmend. 2. Es stimmt, dass es im Jahre 2006 galt personelle Engpässe, bedingt durch Kündigungen, Mutterschaftsurlaub etc., zu überwinden. Dank dem Einsatz von befristet angestellten, juristisch und kaufmännisch ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten wir die Aufgaben gerade noch bewältigen. 3. Der Gemeinderat legt in eigener Kompetenz und Verantwortung im Rahmen des Stellenplans fest, wo die personellen Ressourcen eingesetzt werden. 4. Der starre Stellenplan ist zwar oft sehr hinderlich und nicht gerade hilfreich. Es braucht viel Aufwand, um die personellen Ressourcen von einem zum anderen Ort zu verschieben. 5. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wenn die Umstrukturierungen im Sozialdienst wie geplant umgesetzt sind, keine weiteren Stellenprozente benötigt werden. Aus diesem Grund lehnt der Gemeinderat das Postulat ab und möchte es nicht entgegennehmen.

Mandana Roozpeikar: Es ist seltsam. Die ganze Zeit wurde geredet, auch bei internen Diskussionen mit der GPK, dass es Stellenprozente im Sozialdienst braucht. Bereits im Dezember 2005 sagte Max Hippenmeyer: *„Die Lage ist sicher ernst, aber der Weg geht von der Sozialhilfebehörde via Gemeinderat in den Einwohnerrat.“* GR Uwe Klein hat von Engpässen gesprochen. Haben wir aber irgendetwas im Einwohnerrat gehört, dass es Stellenprozente braucht und dass man irgendetwas ändern müsste? Nein. Weiter hat Uwe Klein gesagt: *„Da sieht man, dass etwas nicht stimmt und es ist dringend notwendig, dass wir handeln. Es ist fast fünf nach Zwölf, aber der Weg via Budget funktioniert so nicht.“* Dominic Strub hatte ein Budgetpostulat eingereicht. Das war der falsche Weg, aber jetzt sind wir auf dem richtigen Weg.

Heinz Schiltknecht: Ich empfehle den Unabhängigen, die Gemeindeordnung zu lesen. Der Einwohnerrat kann nur die Anzahl Stellen im Total definieren. Wie viele Stellen jede Abteilung erhält geht den Einwohnerrat nichts mehr an. Ergo ist dieses Postulat „für die Füchse“, weil es der Gemeindeordnung widerspricht.

GR Max Hippenmeyer: Ihr seid auch jetzt nicht auf dem richtigen Weg. Es ist zwar gut gemeint, aber Stellenprocente werden via Stellenplan geschaffen. Sie wissen, dass der Einwohnerrat 300 Stellenprocente befristet bewilligt hat. Diese Befristung läuft irgendwann ab. Ich bin sicher, dass wir den Stellenplan vor den Sommerferien im Einwohnerrat traktandieren. Das Postulat ist eher eine Interpellation.

Benedikt Schmidt: Wir fordern nicht x Procente mehr für die Sozialhilfebehörde. Wir fordern den Gemeinderat auf zu prüfen, wie viele zusätzliche Stellenprocente es allenfalls braucht, um einen effizienten Betrieb zu gewährleisten. Vielleicht ist die Antwort wie vom Gemeinderat gesagt, „ja, es braucht keine“. Lesen Sie doch die Vorlage gründlich und bilden Sie sich dann eine Meinung.

Der Rat beschliesst mit 26 : 9 Stimmen und 3 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2469 wird nicht überwiesen.

Einwohnerratspräsident Siegfried Siegrist: Das war die letzte Sitzung in dieser Aula. Wir sehen uns für die nächste Sitzung in der alten Dorfturnhalle.

Die Sitzung wurde um 20.15 Uhr beendet.

Pratteln, 2. April 2007

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär

Siegfried Siegrist Bruno Helfenberger